

Stellungnahme

Eingebracht von: Rieder, Katharina

Eingebracht am: 18.09.2020

Ich erhebe hiermit vehemente Einwendungen gegen den „Ministerialentwurf betreffend Bundesgesetz, mit dem das Epidemiegesetz 1950, das Tuberkulosegesetz und das COVID-19-Maßnahmengesetz geändert werden sollen“.

Dieser Entwurf würde eine massive Einschränkung der österreichischen Bevölkerung in der ihnen zustehenden Freiheit bedeuten, des weiteren eine massive Kontrolle durch den Staat erlauben, in Bereichen, die in der Eigenverantwortlichkeit eines mündigen Menschen liegen müssen (zum Beispiel: Laboruntersuchungen, Screeningprogramme und ähnliches sollten und müssen mit dem Einverständnis der betreffenden Personen oder Erziehungsberechtigten stattfinden). Des weiteren, wehre ich mich vehement dagegen, dass Menschen nominiert werden könnten, Auskunft über andere Menschen zu geben und damit berechtigt wären, tief in die Privatsphäre eines anderen Mitbürgers einzugreifen. Wir wissen alle aus unserer unmittelbaren und weiteren Vergangenheit wozu dies in kürzester Zeit führen könnte. Ich erachte die Menschenrechte durch ihren Entwurf in den Grundpfeilern gefährdet.

Ich hätte noch viele Punkte vorzubringen und möchte mich dennoch darauf beschränken zu erwähnen, dass es den Menschen, die WIR demokratisch gewählt haben, um dem österreichischen Volk die bestmögliche Unterstützung in allen Belangen zu gewähren, darum gehen muss, das Beste für das Wohl des Gesamten zu unternehmen, denn als Angst, Unsicherheiten und Sorgen zu schüren. In Zeiten wie diesen geht es nicht um mehr Kontrolle, sondern darum, dass wir Vertrauen finden, gemeinsam aus dieser Situation zu lernen und uns weiterzuentwickeln.